

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/519**

Schulleiterverband Schleswig-Holstein (*s/vsh*)

An den
Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Per E-Mail

25.01.2006

Betr.: Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung, Drucksache 16/343

Sehr geehrter Herr Schmidt,
im Auftrag des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein übermittle ich Ihnen die Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung.
Mit freundlichen Grüßen
Olaf Peters

Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (*slvsh*) zum Bericht der Landesregierung zur Reform der zweiten Phase der Lehrerbildung

Im Begründungszusammenhang für die Reform des Vorbereitungsdienstes wird von der Lehrerbildung gesprochen. Für den *slvsh* besteht sie aus **zwei** Abschnitten, dem Studium an der Universität und dem Vorbereitungsdienst. Leider hat man mit der Reform des zweiten Schrittes begonnen ohne zu wissen wie sich die Lehramtsstudiengänge entwickeln werden. Die nur angekündigte verstärkte Zusammenarbeit zwischen IQSH und Universität, besser Universitäten, gibt für die Schulen keine mittelfristige Planungssicherheit.

Abschnitt 3

Grundsätzlich ist die Neuentwicklung eines Moduls, in dem Teilnehmer und Studienleiter gleich bleiben, zu begrüßen. Dem *slvsh* sind exemplarische Analysen von Unterricht allein zu wenig. Er fordert einen Modultag pro Ausbildungshalbjahr pro LiA in der Schule mit zu erteilendem Unterricht und ausführlicher Unterrichtsreflexion.

Abschnitt 4

Rückmeldungen von Ausbildungslehrkräften lassen vermuten, dass die Fortbildung im Bereich der Säule A in einem geringeren Umfang auch erfolgreich zu gestalten ist. Der notwendige Zeitrahmen wird von den Lehrkräften mit mindestens 12 und höchstens 24 Zeitstunden beschrieben.

Der Umfang der Säule B wird bestätigt, leider gab es nicht für alle Fächer ausreichende Angebote (für das Fach Physik keine). Häufig war es problematisch oder unmöglich, LiA zusammen mit der Ausbildungslehrkraft ein Modul besuchen zu lassen.

Wenn die Aussage, alle Schulen des Landes sind im Prinzip Ausbildungsschulen, stimmt, dann stellen sich Fragen, kann Schulleitung eine Lehrkraft verpflichten, LiAs auszubilden oder kann eine Schulkonferenz beschließen, nicht Ausbildungsschule zu sein? „Drohungen“ mit Ausbildungszwang können niemals eine gute bzw. bessere Ausbildung bewirken.

Ein zentrales Element der Reform des Vorbereitungsdienstes soll darin bestanden haben, die Schule zum Ort der beruflichen Sozialisation zu machen. Dies war die Ausbildungsschule schon immer. Die dienstliche Zuständigkeit der Seminare und die Arbeit der Studienleiterinnen und Studienleiter haben immer die schulische Arbeit ergänzt, aber niemals ersetzt. Einen Teil dieser Ergänzung (freiwillige Regional- bzw. Ortstreffen, um einen intensiveren Austausch unter den LiAs zu ermöglichen) organisiert nun die Schule, die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Die angekündigte Entwicklung der Modulangebote ab Februar 2006 bleibt abzuwarten.

Der *slvsh* ist sehr enttäuscht, dass keine Frage nach der durch die OVP gestiegenen Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter gestellt wurde, obwohl eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für sie schon beschlossen zu sein scheint.

Im Auftrag
gez. Olaf Peters